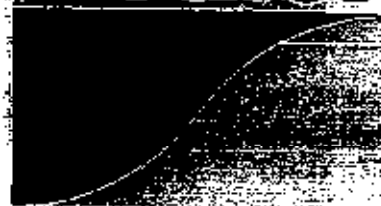


# Sozialdemokratischer PresseDienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 406  
Telefon: (0 22 21) 21 80 38/39  
Telefax: 06 86 848-48 ppbr/d



## Inhalt

33. Jahrgang / 222

17. November 1978

Professor Friedrich Halstenberg, Schatzmeister der SPD, würdigt das Werk seines Vorgängers Wilhelm Dröscher zu dessen Todestag.

Seite 1/2

Heinz Westphal MdB, Vorsitzender des Arbeitskreises "Öffentliche Finanzwirtschaft" in der SPD-Bundestagsfraktion, wertet den Steuerkompromiß als großen Erfolg für die sozialliberale Koalition.

Seite 3

Horst Seefeld MdB/MdEP erwartet nach der Konstituierung des Bundeskomitees Europa-Wahl neue Schubkraft für Europa.

Seite 4/5

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
PresseDienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

Das Erbe Wilhelm Dröschers

Vor einem Jahr starb Wilhelm Dröscher auf dem Hamburger Parteitag der SPD

Von Professor Friedrich Halstenberg  
Schatzmeister der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Delegierten des Hamburger Parteitages von 1977 hätten Wilhelm Dröscher mit eindrucksvoller Mehrheit wiedergewählt. Als ihr Schatzmeister hatte er das uneingeschränkte Vertrauen der Partei ebenso wie als führender Repräsentant und Mitglied des Präsidiums und Vorstands der SPD.

Dieses Vertrauen hatte Wilhelm Dröscher sich redlich verdient. Nach vielen Jahrzehnten aufopfernder politischer Arbeit für die SPD in den verschiedensten Funktionen hatte er 1975 in einer Phase das Amt des Schatzmeisters von Alfred Nau übernommen, als die Parteienfinanzierung in ein grundsätzlich neues Stadium geriet. Alle Parteien standen vor dem gleichen Problem:

Nachdem alle denkbaren Finanzquellen in den vorangegangenen Jahren erschlossen worden waren, zeigte sich nun, daß auch ihre Kapazitäten nicht mehr nennenswert erweitert werden konnten.

- Die öffentliche Parteienfinanzierung hatte mit einem Wahlkampfkostenerstattungsbetrag von DM 3,50 im Bund und

In den meisten Ländern eine auf absehbare Zeit nicht mehr überschreitbare Grenze erreicht;

- das Spendenaufkommen entwickelte sich allgemein eher zurück als nach vorne. Davon war die SPD besonders betroffen;
- eine wesentliche Steigerung des Beitragsaufkommens hatte der Mannheimer Parteitag durch seinen Entschluß, die 2-DM-Beitragsmarke für Mitglieder ohne Einnahmen beizubehalten, selbst weitgehend blockiert und Wilhelm Dröscher damit eine zusätzliche schwere Hypothek ins neue Amt mitgegeben.

Andererseits aber stiegen die Kosten analog zur allgemeinen Preisentwicklung. Der härter werdende politische Wettbewerb führte zusätzlich zu einem Aufblähen der Wahlkampfetats aller Parteien auf allen politischen Ebenen. Die Folge war eine tiefgehende Krise in der Struktur der Parteifinanzen: Die Kosten entwickelten sich ständig und zum Teil rapide weiter. Die Einnahmen dagegen stagnierten.

Wilhelm Dröscher war als Optimist unerschütterlich. Er richtete also den Blick nach vorne und entschied sich für einen offensiven Weg. Sein Konzept war einfach: Unter Einsatz aller materiellen Reserven sollte die Organisation der Partei gekräftigt werden. Das heißt, es galt neue Mitglieder zu werben.

Die Stärkung der Organisation, so seine These, produziert

1. stabile politische Mehrheiten. Überall dort, wo zwei Prozent der Wohnbevölkerung oder mehr der SPD als Mitglieder zugehören, erzielt die Partei regelmäßig gute oder sehr gute Ergebnisse bei Wahlen.
2. Solide Finanzen. Jedes neue Mitglied bringt zusätzliche Mitgliedsbeiträge in die Kasse der Partei. Es stärkt damit deren politische Schlagkraft.

Die Beiträge, so Wilhelm Dröschers Erkenntnis und Überzeugung zugleich, sind das finanzielle Standbein der SPD. Ihrer Fähigkeit zur Selbstfinanzierung verdankte die SPD in den 115 Jahren ihrer Geschichte stets jene Unabhängigkeit von kapitalkräftigen Interessengruppen, die sie befähigte, wirkungsvolle Politik für unterprivilegierte, sozial schwache und arbeitende Menschen zu machen.

Wilhelm Dröscher hat sein Konzept mit großer Energie und mit einem - wie sich am 18. November 1977 in Hamburg zeigte - Übermaß an persönlichem Einsatz verfolgt. Er starb, bevor die Partei Gelegenheit hatte, ihm zu danken.

Sein Erbe ist unerwartet auf mich übergegangen. Ich war darauf nicht vorbereitet. Was also liegt für mich näher als seine Arbeit dort fortzusetzen, wo er aufhören mußte.  
(-/17.11.1978/ks/hgs)

Ein positives Ergebnis für den Bürger

---

Das Steueränderungsgesetz 1979 kann endlich in Kraft treten

Von Heinz Westphal MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises "Öffentliche Finanzwirtschaft"  
in der SPD-Bundestagsfraktion

Die Sozialdemokraten sind zusammen mit ihrem Koalitionspartner mit der Bereitschaft in das Vermittlungsverfahren zum Steueränderungsgesetz 1979 gegangen, ihren Teil zu einer notwendigen Einigung beizutragen.

Dabei gab es allerdings zwei feste Grundpositionen, die aus unserer Sicht nicht vermittelbar waren:

- 1/ Wir wollten und konnten nicht zurück hinter die Lösungen eines gerechten Familienlastenausgleichs von 1975, die das einheitliche Kindergeld unabhängig vom Einkommen der Eltern gebracht hatten. Eine Wiedereinführung von Kinderfreibeträgen in der Einkommensteuer mit ihrer schichtenspezifischen Wirkung konnte für uns nicht in Frage kommen.
- 2/ Die Abschaffung oder Halbierung der Gewerbesteuer, wie sie von der Mehrheit des Bundesrates gefordert wurde, war für uns nicht akzeptabel.

Das Ergebnis des Vermittlungsverfahrens, das nach langen, schwierigen Verhandlungen erreicht wurde, zeigt, daß wir diese Positionen nicht verlassen haben. Beschlüsse, die der Vermittlungsausschuß getroffen hat, reichen unser Gesetz an. Sie liegen auf anderen Gebieten und erhalten - was im Interesse der Gemeinden und der Erhaltung ihrer Finanzautonomie von äußerster Wichtigkeit ist - den Realsteuer-Charakter der Gewerbesteuer.

Für den Bürger ist das Ergebnis insgesamt positiv und erfreulich. Auch der für die Staatsfinanzen mitverantwortliche Abgeordnete kann sagen: Wenn die zusätzlichen Kosten nicht sechs Milliarden DM, wie dies die Bundesratsmehrheit verlangte -, sondern etwa ein Sechstel davon betragen, dann ist das annehmbar.

Durch das vorgelegte Ergebnis wird der Weg frei zur vollen Erfüllung der Gipfelzusage des Bundeskanzlers mit dem Ziel der wirtschaftlichen Belebung durch investitions-, konsumtions- und arbeitsmarktpolitisch orientierte Maßnahmen. Es wird der Weg frei für die rechtzeitige Inkraftsetzung der Steuerentlastungen für Lohn- und Einkommensteuerzahler ab 1. Januar 1979 und es werden Festlegungen getroffen für erneute Entlastungen der Wirtschaft in aufeinander abgestimmten Schritten, von denen wir erwarten können, daß sie Vertrauen und Mut zum wirtschaftlichen Engagement schaffen, weil jeder Unternehmer sicher weiß, wann welche Vergünstigungen für ihn wirksam werden. (-/17.11.1978/ks/hgs)

+ + +

## Neue Schubkraft für Europa

---

Bundeskomitee Europa-Wahl gibt Impulse

Von Horst Seefeld MdB/MdEP

Die Europäische Gemeinschaft hat sich anders entwickelt als die meisten ihrer Gründer es sich vorgestellt hatten, und sie hat mehr für die Bürger Europas und die Welt erbracht, als die Skeptiker wahrhaben wollen, die noch immer die Anfangsjahre zum Maßstab nehmen. Wir haben den Frieden in unserem Teil Europas gefestigt, wir sehen die Mehrung des Wohlstandes und der Freizügigkeit für die Bürger der Gemeinschaft. Wir bemerken die Anerkennung, die sich die Europäische Gemeinschaft in der Welt geschaffen hat.

Das alles ist kein Grund zur Euphorie, auch kein Anlaß, sich selbst lobend auf die Schulter zu klopfen. Die Mehrzahl unserer Bürger schaut nicht zurück und stellt keine Vergleiche an. Die Bürger messen die Gegenwart an dem heute Erreichten. Die junge Generation hat keine Vergleichsmöglichkeiten, für sie ähnelt das Gestern dem Heute. Nur das Morgen wollen sie anders gestalten, oft auch anders als es sich die Generation vorstellt, die heute in der Verantwortung steht.

Wir alle befinden uns in einer Phase der Gewöhnung. Doch das ist der demokratischen Entwicklung abträglich. Ein wichtiges Ereignis gibt uns jetzt die Chance, diese Phase gemeinsam zu überspringen: Die erste europäische Wahl! Nach dem Zeitalter der Weltkriege, die in Europa ihren Anfang nahmen, ist die Direktwahl des Europäischen Parlaments ein Jahrhundert-Ereignis. Diese Erkenntnis, ja diese Tatsache ist nicht für alle Bürger eine Selbstverständlichkeit. Wie Meinungsumfragen aus der letzten Zeit zeigen, ist bei der Bevölkerung - trotz steigender Befürwortung der europäischen Einigung, trotz zunehmenden europäischen Engagements - noch eine große Informationslücke über die Europäische Gemeinschaft und vor allem über das Europäische Parlament zu schließen.

Der Deutsche Rat der Europäischen Bewegung in enger Zusammenarbeit mit seinen Mitgliedsorganisationen und -einrichtungen, insbesondere mit der Europa-Union Deutschland, bemüht sich mit umfangreichen Aktivitäten und gezielten Aktionen, die Bürger für Europa zu aktivieren, sie über die Europäische Gemeinschaft zu informieren und für die erste Direktwahl zu interessieren. In allen Bundesländern sind Landes-

Komitees für die Direktwahl gegründet worden, in vielen Kreisen arbeiten Kreiskomitees. Landesminister und Senatoren sind zu Sonderbeauftragten für die Europa-Wahl ernannt worden. Sie alle arbeiten mit den Komitees eng zusammen.

Das Bundeskomitee Europa-Wahl, vom Deutschen Rat und der Europa-Union angeregt, soll der Kristallisationspunkt europapolitischer Aufklärungsarbeit und Zentrum weiterer europäischer Aktionen in der Bundesrepublik Deutschland sein.

Das Bundeskomitee Europa-Wahl unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten hat sich am 13. November 1978 in Bonn konstituiert. Neben den Mitgliedsorganisationen und -einrichtungen des Deutschen Rates sind alle gesellschaftlich-relevanten und bundesweit tätigen Verbände und Organisationen, die zwar nicht dem Deutschen Rat angehören, deren Untergliederungen jedoch bereits in den Landeskomitees mitarbeiten, zur Mitwirkung eingeladen worden. Das Echo war außerordentlich groß.

Weit über 100 große Verbände und Organisationen haben insgesamt ihre Bereitschaft zur Mitarbeit erklärt. Die Kirchen - vom Deutschen Rat eingeladen - haben gleichfalls ihre Bereitschaft zur Mitwirkung bekundet. Der Bundespräsident hat an der ersten Veranstaltung des Komitees teilgenommen.

Die Konstituierung des Bundeskomitees hat wiederum die Schuilernähe der Demokraten, der Bürger, der Vertreter der Parlamente und der Regierung dokumentiert. Die Konstituierung hat nicht nur die Bedeutung der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments unterstrichen, sondern auch den Politikern und künftigen Europaparlamentariern Anregungen und demokratische Aufträge für Europa gegeben.

Die Veranstaltung am 13. November in Bonn wird über den Tag hinaus Bedeutung haben. Die Arbeit des Bundeskomitees wird dazu beitragen, das "Kieler-Programm für Europa" der Europa-Union Deutschland zu verwirklichen. Mit der Arbeit des Bundeskomitees Europa-Wahl wird auch Europapolitik für die Zukunft gemacht. Der Deutsche Rat stellt sich mit Freude dieser Aufgabe.

(-/ 17.11.1978/ks/hjs)

---

Dieser Beitrag erschien auch in der Europäischen Zeitung